SPD

FRAKTION VOR ORT

NACHRICHTEN UND TERMINE DER SPD-FRAKTION LICHTENBERG | AUSGABE 01/2017
www.spd-fraktion-lichtenberg.de | Facebook: www.facebook.com/spd.lichtenberg

Vertieft in die Arbeit: Anne Meyer, Bezirksstadträtin Birgit Monteiro, Manfred Becker, Dr. Anja Ingenbleek und Dirk Liebe auf der Klausurtagung in Erkner. Foto: Kevin Einenkel

Zwei arbeitsintensive Tage

Fraktion zieht auf Klausurtagung Fazit und liefert einen Ausblick

Bereits ein halbes Jahr ist rum in der aktuellen Wahlperiode. Zeit also für eine erste Rückschau und natürlich auch für weitere Planungen für die Zukunft. Die SPD-Fraktion hat sich daher in Erkner zur Klausurtagung getroffen. Von Freitagabend (17.03.) bis Samstagnachmittag (18.03.) gab es ein volles Programm.

Begonnen hat die SPD-Fraktion mit der Auswertung der aktuellen Vorgänge in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Viele Menschen waren zur letzten BVV gekommen, um sich für ihre Meinung zu einigen Bauvorhaben einzusetzen. Dabei wurde deutlich, welche Fraktionen sachlich und wahrheitsgemäß mit dem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger umgingen und welche Fraktionen eher populistische und realitätsferne Versprechen abgaben. Die SPD-Fraktion und die Stadträtin für Stadtentwicklung Birgit Monteiro haben stets mit sachlichen Argumenten versucht, den Stand der jeweiligen Bauvorhaben zu erklären. Ein weiteres Anheizen der Stimmung hilft den Bürgerinnen und Bürgern und auch dem Vorhaben nicht weiter. Die SPD-Fraktion wird daher den Kurs beibehalten und auch in unangenehmen Situationen zu Fakten und Wahrheiten stehen. Dabei gilt immer, dass unterschiedliche Interessen abgewogen werden. Dass Menschen immer häufiger ihre Anliegen auch in der BVV formulieren, erfreut uns sehr. Es zeigt, dass die Menschen Interesse an den Geschehnissen in ihrem Bezirk haben, der Kommunalpolitik auf die Finger schauen und an Entscheidungen teilhaben wollen.

Der zweite Tag der Klausurtagung stand ganz im Zeichen der Erarbeitung neuer Initiativen. Dazu wurden drei Gruppen gebildet. Die erste Gruppe debattierte über Stadtentwicklung, Verkehr, Wirtschaft und Soziales. Die Zweite beschäftigte sich mit Bildung und Jugend. Die dritte Gruppe diskutierte über Gesundheit und öffentliche Daseinsvorsorge. Aus der Debatte heraus konnten noch am selben Tag Initiativen für die nächste Bezirksverordnetenversammlung entwickelt werden. Die SPD-Fraktion wird das Bezirksamt ersuchen, eine EinwohnerInnenversammlung zur Aufstellung des Bebauungsplans 11-125 - Anliegen in der Ilsestraße - im Mai einzuberufen. Außerdem wird eine Kleine Anfrage gestellt, wie viele Bäume seit 2011 aus welchen Gründen in Lichtenberg gefällt wurden.

Die Gruppe „Bildung und Jugend“ arbeitete nach dem Leitfaden, eine bestmögliche Bildung für alle jungen Menschen zu schaffen. Aktuell wird beispielsweise unser Antrag zur Schaffung der baulichen Voraussetzungen schulischer Inklusion in den Ausschüssen beraten. Unser Ziel ist, eine Verwässerung unserer Forderungen in den Beratungen zu verhindern und zu diesem Thema eine Fachkonferenz zu organisieren. Der Gebäudescan der Schulbauten in Berlin hat zwar gezeigt, dass in Lichtenberg der Sanierungsbedarf der Schulen geringer als in anderen Bezirken ist. Aber daraus folgt nicht, dass nun nachgelassen werden darf. Im Gegenteil! Wir werden uns dafür einsetzen, dass Lichtenberg für die gute Arbeit der letzten Jahre nicht bestraft wird, sondern weiterhin die notwendigen Investitionen in die Lichtenberger Schulen fließen.

Die Versorgung von Ärztinnen und Ärzten ist immer ein aktuelles und wichtiges Thema, wenn es um Gesundheit geht. Auch unsere Fraktionsmitglieder diskutierten in der Gruppe darüber. Sie kamen auch zu dem Schluss, dass der Standort des Gesundheitsamtes in der Alfred-Kowalke-Straße abgesichert und saniert werden sollte. Außerdem soll das Projekt „Demenzfreundliche Kommune Lichtenberg“ unterstützt und fortgeführt werden.

Unsere Klausurtagung endete mit einer Fraktionssitzung, in der wir die geplanten Aufgaben verteilt haben. Es waren insgesamt zwei sehr arbeitsintensive Tage in einer tollen, diskussionsfreudigen Atmosphäre. Die Ergebnisse werden in den nächsten Wochen durch unser Handeln für alle sichtbar werden. **Kevin Einenkel**

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Blick zurück lässt mich voller positiver Erwartungen in die Zukunft blicken. Immer mehr Menschen kontaktieren uns, um sich für die Bearbeitung ihrer Anliegen zu bedanken. Dabei haben wir Danke zu sagen. Wenn wir konkrete Anliegen erfahren, können wir konkrete Initiativen starten. Daher bieten wir bewusst Sprechstunden für Bürgerinnen und Bürger an und nutzen Gelegenheiten bei Festen und Veranstaltungen, um ins Gespräch zu kommen. Daher bin ich begeistert, wie viele Menschen zu unserem Jahresempfang am 31.März kamen. Die Fülle an Gesprächen und die vielen positiven Rückmeldungen erfreuen mich.

Kevin Hönicke, Fraktionsvorsitzender

Die harte Arbeit der letzten Tage und Wochen zeigen, dass wir als SPD-Fraktion aktiv Kommunalpolitik für unser Lichtenberg betreiben. Dabei erfreut mich besonders, dass wir an Fakten und Inhalten orientiert arbeiten, als an populistischen und postfaktischen Forderungen.

In einer Klausurtagung im März setzten wir uns intensiv mit den anstehenden Haushaltsverhandlungen auseinander. Lichtenberg soll weiter das Image des familienfreundlichen Bezirkes ausbauen und darin investieren. Das kostet natürlich, aber für unseren wachsenden Bezirk sind Investitionen unverzichtbar. Dazu gehört auch der Ausbau der Angebote für Seniorinnen und Senioren, die Investitionen in Straßen, Gehwege und Radwege, sowie eine Aufwertung unserer Spielplätze für die Kleinen. Sie sehen, wir haben viel vor und das muss jetzt in der Bezirksverordnetenversammlung verhandelt werden. Wir setzen dabei auf Ihre Unterstützung und Ihre Ideen.

Wie immer möchte ich an dieser Stelle mit dem Wunsch enden, dass Sie uns anschreiben, ansprechen oder einladen können, wenn Sie Wünsche und Anliegen bzgl. der Politik haben. Alles Gute und bis bald! **Ihr Kevin Hönicke**

Aus dem Inhalt:

EHRENAMT: Preise verliehen **S. 2**

BÜRGERBETEILIGUNG: Neue Ideen **S. 3**

INITIATIVEN: BVV-Rückblick **S. 4**

Ehrenamtspreise an engagierte Lichtenbergerinnen und Lichtenberger verliehen

Jahresempfang: SPD-Fraktion würdigt Einsatz von Frauen und Männern für den Bezirk

Ausgezeichnetes Ehrenamt: Die Laudatoren Ole Kreins (3.v.l.) und Birgit Monteiro (2.v.r.) mit den Preisträgerinnen und Preisträgern.

Mit über 200 Gästen aus Politik und Wirtschaft, aus kulturellen, sozialen, sportlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen unserer Stadt und unseres Bezirkes war der diesjährige Jahresempfang der Lichtenberger SPD-Fraktion am 31. März im blu:boks in der Paul-Zobel-Straße ein voller Erfolg. Unter den Gästen war auch der Regierende Bürgermeister Michael Müller.

Auch in diesem Jahr stand die Verleihung der Ehrenamtspreise für engagierte Lichtenbergerinnen und Lichtenberger im Mittelpunkt.

Die Ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des TagesTreffs für Wohnungslose und Bedürftige in der Weitlingstraße erhielten den Ehrenamtspreis „Mut, Zivilcourage und Demokratie“, der von der Fraktion vergeben wurde.

Die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Birgit Monteiro würdigte in ihrer Laudation die über 15 Ehrenamtlichen, die hier aktiv sind und unendlich Gutes für wohnungslose Menschen leisten. Dabei ermöglichen sie den Menschen nicht nur ein Essen und eine warme Zuflucht, sondern auch eine gesundheitliche Behandlung sowohl beim Allgemeinmediziner als auch beim Zahnarzt.

Den Ehrenamtspreis der Lichtenberger SPD in der Kategorie „Solidarisches Miteinander“ wurde an die Ehrenamtlichen Tierparkscouts verliehen. In seiner Laudation ging der Kreisvorsitzende der SPD-Lichtenberg, Ole Kreins, darauf ein, dass die Tierparkscouts in enger Kooperation mit dem Zoo und mit dem Tierpark in verschiedenen Revieren unterwegs sind. Sie sind Ansprechpartner für die Besucherinnen und Besucher und sollen Fragen zur jeweiligen Einrichtung im Allgemeinen und konkret zum Revier beantworten. Die Scouts werden alle nach einem Auswahlverfahren eingearbeitet, regelmäßig geschult und sind vor allem an den Wochenenden und an den Feiertagen im Einsatz.

Verfolgte gespannt die Preisverleihung: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller - hier neben dem Fraktionsvorsitzenden Kevin Hönicke.

In einer leidenschaftlichen Rede stellte sich, im Anschluss an die Ehrungen, der Direktkandidat der Lichtenberger SPD für den Deutschen Bundestag, Kevin Hönicke, vor und erläuterte seine Vorstellungen unter dem Motto „Einfach machen“. Dabei wurde deutlich, dass sein politisches Handeln den Alltag der Menschen konkret verbessern kann.

Im zweiten Teil des Abends nutzten die Anwesenden die Gelegenheit, mit den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren des Bezirkes und der Stadt, unter ihnen, die Senatorin Dilek Kolat, die Senatoren Matthias Kollatz-Ahnen und Andreas Geisel und der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh sowie die Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann und mehrere Bundestagsabgeordnete, ins Gespräch zu kommen. **Peter Müller**

Raed Saleh, Chef der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, nutzte die Zeit für Gespräche. Sandy Kliemann führte durch den Abend. Fotos: Marcel Gäding

Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben verbessern

Mit neuen Methoden und Verfahren sollen die Menschen im Bezirk optimaler erreicht werden

Lichtenberg wächst und wächst. Jedes Jahr ziehen mehrere tausend Menschen in unseren Bezirk. Dementsprechend viel wird gebaut. Lichtenberg steht berlinweit auf Platz 3 bei der Zahl der erteilten Baugenehmigungen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass nicht jedes Bauvorhaben auf Gegenliebe bei den alteingesessenen Lichtenbergerinnen und Lichtenberger trifft. Dabei sind es seltener die Großbauvorhaben wie der Lindenhof oder die Bauprojekte auf dem Gelände der Weißen Taube mit ihren hunderten neuen Wohnungen, die Widerstände hervorrufen, sondern vielmehr die mittleren Bauvorhaben. Denn diese werden oft in direkter Nähe zu bestehenden Wohnhäusern gebaut, u.a. auf Brachen ehemaliger DDR-Kindergärten oder in Innenhöfen. Die dort lebenden Anwohnerinnen und Anwohner sehen diese Flächen selten als „Potenzialflächen für Wohnungsbau“, sondern meist als das an, was ihrer vorübergehenden Nutzung entspricht, als Grünflächen.

Das Problem gerade bei diesen mittleren Bauvorhaben ist, dass hier rechtlich gesehen oftmals keine Bürgerbeteiligung vorgesehen ist. Dies ist der Fall, wenn Bauanträge nach §34 des Baugesetzbuches genehmigungsfähig sind.

Woran liegt das? Der §34 des Baugesetzbuches besagt im Wesentlichen, dass man ein Haus dann bauen darf, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung in die Umgebung einfügt und die „gesunden Wohnverhältnisse“ gewahrt bleiben. Vereinfacht gesagt gilt: Wenn das neue Haus ungefähr so groß sein soll wie die Häuser in der Nachbarschaft, dann darf es gebaut werden. Das klassische Beispiel dafür sind die durch Bombenabwürfe entstandenen Lücken aus dem Zweiten Weltkrieg, die im Laufe der letzten Jahrzehnte Stück für Stück wieder mit Neubauten

Bauvorhaben an der Rathausstraße: Per Bürger*innenbeteiligung sollen Anwohner stärker in Pläne und Vorhaben einbezogen werden. Foto: Kevin Einenkel

geschlossen wurden. Dies geschah meist nach §34 BauGB. Der Paragraf erlaubt es auch, zwischen zwei 11-Geschossern noch einen dritten 11-Geschosser in den Innenhof zu bauen. Die „gesunden Wohnverhältnisse“ sind gewahrt, wenn die vorgeschriebenen Abstandsflächen zu den anderen Grundstücken und Häusern gewahrt bleiben. Das wird vom Amt geprüft. Was der §34 aber nicht vorsieht, ist eine formale Bürgerbeteiligung. Dies soll Bauvorhaben mit relativ kurzer Vorlaufzeit unbürokratisch ermöglichen und auch eine gewisse Verlässlichkeit von Verwaltungsentscheidungen garantieren. Wem Bauland gehört und wer sich mit seinen Planungen in die Nachbarschaft einpasst, dem wird vom Staat das Recht zu bauen garantiert.

Wer sich darüber ärgert, muss sich für entsprechende Veränderungen auf Bundesebene einsetzen. Im Bezirk wenden wir Bundes- und Landesrecht an. Ist ein Vorhaben nach § 34 genehmigungsfähig, hat der Bauherr sogar ein Recht auf Genehmigung, das er sich im Zweifelsfall vor Gericht erstreiten kann. Die fehlende rechtliche Verankerung der Bürgerbeteiligung führt regelmäßig zu Frust, da „die Politik“ relativ undifferenziert eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in allen sie betreffenden Fragen verspricht, aber hier nicht einlösen kann.

Andere Schwierigkeiten gibt es bei Bebauungsplanverfahren. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger umfangreiche Beteiligungsrechte und werden auch gehört. Aber so ein Bebauungsplanverfahren dauert in der Regel mehrere Jahre und „seine Sprache“ weckt oft falsche Erwartungen. So bedeutet ein „Aufstellungsbeschluss“ noch keinen fertigen Bebauungsplan, sondern lediglich, dass das Bezirksamt die Absicht hat, einen B-Plan aufzustellen und dies dem Senat und der Öffentlichkeit mitteilt. Dieser Beschluss steht also ganz am Anfang des Verfahrens, nicht am Ende.

Viele Bürgerinnen und Bürger lesen weder das Amtsblatt noch verfolgen sie die Debatten in der BVV. Dadurch verpassen sie häufig die entscheidende Phase, in der Beteiligung möglich ist, nämlich dann, wenn die Pläne öffentlich ausgelegt und kommentiert werden können.

Vom Start eines Bauvorhabens erhalten viele Bürgerinnen und Bürger erst Kenntnis, wenn Bäume gefällt werden. Erst nach Genehmigung eines Bauvorhabens dürfen die dafür notwendigen Bäume gefällt werden. Aber dann ist es viel zu spät, um noch Einfluss zu nehmen bzw. Änderungen vorzunehmen.

Ich möchte deshalb in den kommenden Monaten neue Methoden und Verfahren erproben, um mit der Bürgerinformation frühzeitiger zu beginnen und auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, da wo es möglich ist, zu optimieren.

So organisieren wir derzeit parallel mehrere Beteiligungsformate und werden aus den dortigen Erfahrungen lernen. Noch von Herrn Nünthel als meinem Vorgänger im Amt wurde der Runde Tisch Kaisergärten ins Leben gerufen. Er tagte im März zum ersten Mal mit Vertretern unterschiedlichster Interessengruppen aus Karlshorst. Ein weiterer Runder Tisch zum Bauvorhaben Dolgensee-Center wird sich demnächst konstituieren. Beim Bauvorhaben Ilsestraße starten wir Ende Mai die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemeinsam mit der Howoge mit einer großen Bürgerinformationsveranstaltung.

Spätestens im Juni wird mich ein weiterer Mitarbeiter in allen konzeptionellen und praktischen Fragen der Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben unterstützen. Ziel ist es, Wege zu finden, um die Akzeptanz von Bauvorhaben in den Nachbarschaften zu erhöhen, die Anwohnerinnen und Anwohner besser einzubeziehen und zugleich das Bauen weiterhin zu ermöglichen. Es liegt in der Natur der Sache, dass dies ein Spagat werden wird, der einiges an Training und gutem Willen aller Beteiligten abfordert.

Birgit Monteiro, stellv. Bezirksbürgermeisterin, Stadträtin für Stadtentwicklung, Soziales und Wirtschaft

Milieuschutz – scharfes oder stumpfes Schwert?

Mit einer Satzung soll die Verdrängung im Weitlingkiez gestoppt werden

Die Diskussion um den Erlass von Milieuschutzsatzungen in Lichtenberg beschäftigt die Bezirksverordnetenversammlung bereits seit einigen Jahren. Auch die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Bezirk nicht zu einer Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung führen.

Im Zentrum der Diskussion stand und steht dabei der Weitlingkiez, für den das Bezirksamt im Jahr 2015 eine Untersuchung in Auftrag gegeben hat, die überprüfen sollte, ob die Voraussetzungen für den Erlass einer Milieuschutzsatzung gegeben seien. Eine solche Studie ist die Voraussetzung für einen rechtssicheren Erlass einer Milieuschutzsatzung. Mit der Untersuchung wurde die Firma TOPOS beauftragt, die in verschiedenen Berliner Bezirken Studien für die Einführung von Milieuschutzsatzungen erstellt hat und auch die soziale Entwicklung des Weitlingkiezes bereits seit langem wissenschaftlich begleitet. Die von TOPOS erstellte Studie kam im Sommer 2016 zu dem Schluss, dass die wesentlichen Anwendungsvoraussetzungen zum Erlass einer Milieuschutzverordnung für den Weitlingkiez noch nicht vorliegen, die Entwicklung des Gebiets aber weiterhin beobachtet werden müsse.

Der Weitlingkiez in Lichtenberg. Foto: Henning Fahrenberg

Dabei muss beachtet werden, dass der Erlass einer Milieuschutzverordnung zwar das schärfste Schwert ist, das die Bezirke besitzen, um soziale Verwerfungen in ihren Kiezen zu begrenzen. Sie sind aber kein Allheilmittel – zu diesem Schluss kommt u.a. auch der Berliner Mieterverein. Milieuschutzverordnungen verhindern etwa Luxussanierungen oder die Zusammenlegung von zwei kleineren zu einer großen Wohnung. Sie verhindern nicht, dass unsanierte Wohnungen saniert und auf einen zeitgemäßen Ausstattungszustand gebracht werden. Für die SPD-Fraktion ist es wichtig, dass bei aller Debatte um den Sinn von Milieuschutzsatzungen keine falschen Erwartungen geweckt werden.

Dennoch unterstützt die SPD-Fraktion die Einführung von Milieuschutzsatzungen in Lichtenberg – nicht nur im Weitlingkiez, sondern auch in anderen Kiezen wie etwa der Victoriastadt –, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Neben dem – vor allem kommunalen – Wohnungsneubau ist die Milieuschutzsatzung ein wichtiges Instrument, um Verdrängung vorzubeugen. Wir werden deswegen darauf hinwirken, dass das Bezirksamt den Wandel im Weitlingkiez weiter beobachtet, um bei Bedarf schnell handeln zu können.

Henning Fahrenberg

Fraktion hat bereits viele Themen angepackt

Rückblick auf Anträge und Initiativen der SPD in der BVV Lichtenberg

Die SPD- Fraktion hat in dieser Wahlperiode bereits mit einer Vielzahl von Anträgen und Initiativen in der Bezirksverordnetenversammlung Fahrt aufgenommen, im Interesse der Lichtenbergerinnen und Lichtenberger. Schaut man allein auf die Statistik, da schlagen 23 Anträge, 14 Kleine Anfragen, eine große Anfrage und 10 mündliche Anfragen bisher zu Buche.

Dabei wurden in den Anträgen solche Themen angepackt, wie:

- Tempo 30 auch am Tage im Malchower Weg.
- Der Erhalt des Tages-Treffs für Obdachlose in der Weitlingstraße.
- Die Erarbeitung eines Konzepts, dass die Grundlage für die Schaffung weiterer Kitaplätze bildet.
- Die Einführung von Tempo 30 Zonen in der Gehrenseestraße und in der Zingster Straße.
- Die Wiedereröffnung des Reisezentrums der Deutschen Bahn im Bahnhof Lichtenberg.
- Die stärkere BürgerInnenbeteiligung bei Bauvorhaben.
- Die langen Wartezeiten bei der Bearbeitung von Anträgen für Wohngeld bzw. Wohnberechtigungsscheinen deutlich zu senken.
- Dass in allen Fällen des Neu- und des Umbaus sowie der Sanierung von Schulen und Turnhallen die Inklusion berücksichtigt wird.
- Dass im Mai diesen Jahres eine EinwohnerInnenversammlung zum Bauvorhaben in der Ilsenstraße einberufen wird.

Der Weitlingkiez war Thema der großen Anfrage in der BVV am 16. März 2017.
Foto: Peter Müller

In den Kleinen Anfragen wurden Fragen zu solchen Themen wie den Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk, den Terminen für die Fachärztinnen und Fachärzten, der Schulwegsicherheit in Karlshorst, von Antisemitischen Vorfällen in den Schulen und von Baumfällungen in Lichtenberg gestellt. In den mündlichen Anfragen fragte Kevin Hönicke beispielsweise nach der Personalnot in den Jugendämtern und Jutta Feige nach dem Stand der Parkraumbewirtschaftung. Henning Fahrenberg erkundigte sich nach dem Stand der Sanierung der Sporthalle in der Wustrower Straße und Dr. Anja Ingenbleek nach dem Gebäudescan bei Schulbauten. **Peter Müller**

Was bislang erreicht wurde

Fraktion hat viele Themen angestoßen

Ich denke, dass es unseren Leserinnen und Lesern verständlich ist, dass noch nicht alle Anträge und Initiativen der Fraktion seitens des Bezirksamtes abschließend bearbeitet werden konnten und damit auch endgültige Bescheide zum Handeln noch ausstehen. Trotzdem hat sich schon Einiges getan.

Der Antrag zur Verkehrsberuhigung im Malchower Weg (Tempo 30 auch am Tage) wurde in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 17. November 2016 mehrheitlich angenommen. Eine Antwort der zuständigen Stellen im Senat steht bis zum heutigen Tage noch aus. Unverständlich ist nur, dass die CDU bei diesem für die Verkehrssicherheit so wichtigen Antrag mit Nein gestimmt hatte.

Alle anderen Anträge unserer Fraktion wurden mehrheitlich bzw. einstimmig in den bisherigen Bezirksverordnetenversammlungen beschlossen und befinden sich allesamt auf dem Wege der Bearbeitung. Ein Zwischenbericht, der zeigt, dass das Bezirksamt bereits tätig geworden ist, gibt es beispielsweise zum Erhalt des Tages-Treffs für Obdachlose in der Weitlingstraße.

Im Mittelpunkt der Bezirksverordnetenversammlung am 16. März 2017 stand zweifellos auch unsere große Anfrage zum Thema „Milleuschutz in Lichtenberg ausweiten?“. Auch wenn es gegenwärtig kein festgelegtes Milleuschutzgebiet im Bezirk gibt, geht doch aus der Antwort der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin, Birgit Monteiro (SPD), eindeutig hervor, dass das Bezirksamt den Status des Weitlingkiezes als Beobachtungsgebiet berücksichtigt. Deshalb wird das Bezirksamt weiterhin nicht nur im Rahmen des „Bündnis für Wohnen“ ein Auge auf diese Problematik haben. Dass auch wir dran bleiben werden, versteht sich von selbst. **Peter Müller**

Ihre Meinung ist gefragt!

Bahnhof Lichtenberg: Aktion gestartet

Die SPD-Fraktion setzt sich für eine Neugestaltung des Bahnhofs Lichtenberg ein. Daher befragt sie mit einer Postkartenaktion die Menschen in Lichtenberg, welche Wünsche sie für den Bahnhof haben.

Der Bahnhof Lichtenberg gehörte einst zu den wichtigsten Bahnhöfen in Berlin. Mittlerweile befindet er sich in einem Abwärtstrend. Er und das Bahnhofsumfeld haben deutlich an Attraktivität verloren. Die SPD-Fraktion hat sich schon im Januar im Zusammenhang mit der Schließung des Reisezentrums den Bahnhof zum Thema gemacht. Die Drucksache ist aktuell in den Ausschüssen zur Beratung. Diese Zeit in der BVV soll genutzt werden, um die Bürgerinnen und Bürger nach ihren Ideen und Vorstellungen zu fragen. Die SPD-Fraktion will sich dafür einsetzen, den Bahnhof Lichtenberg für die Lichtenbergerinnen und Lichtenberger und auch für die Reisenden wieder attraktiver zu gestalten. Daher hat sie jetzt die Postkartenaktion gestartet. Wenn auch Sie Ideen für die Gestaltung des Bahnhofs Lichtenberg haben, schreiben Sie uns bitte: info@spd-fraktion-lichtenberg.de.

Wie soll es mit dem Bahnhof Lichtenberg weitergehen? Diese Frage will die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Lichtenbergerinnen und Lichtenbergern beantworten.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
SPD-Fraktion Lichtenberg, vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Kevin Hönicke sowie die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jutta Feige, Sandy Kliemann und Henning Fahrenberg.

REDAKTION
Kevin Hönicke (V.i.S.d.P.), Peter Müller (vtwl.), Kevin Einenkel

GESTALTUNG
Medienbüro Gäding, Zur Alten Börse 77, 12681 Berlin, Tel. (030) 55494360

ANSCHRIFT REDAKTION
SPD-Fraktion Lichtenberg, Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin, Tel. (030) 90296-3160, Fax: (030) 57795449, E-Mail: info@spd-fraktion-lichtenberg.de

DRUCK
BVZ Berliner Zeitungsdruck
Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

TERMINE UND SPRECHSTUNDEN

- Am Freitag, den **07.04.2017**, Herr Kevin Hönicke von 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr im Raum 12a, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin.
- Am Mittwoch den **12.04.2017,** Frau Dr. Anja Ingenbleek von 17.00 Uhr bis 18.00 Uhr im iKARUS Stadtteilzentrum, Wandlitzstraße 13, 10318 Berlin.
- Am Donnerstag, den **13.04.2017,** Frau Blashka Brechel von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Raum 12a, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin.
- Am Mittwoch, den **19.04.2017**, Herr Fritz Wolff von 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr im Stadtteilzentrum Hohenschönhausen Süd, Anna-Ebermann-Straße 26, 13053 Berlin.
- Am Freitag, den **21.04.2017**, Herr Kevin Hönicke von 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr im Raum 12a, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin.
- Am Dienstag, den **25.04.2017**, Frau Jutta Feige von 17.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Raum 12a, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin.
- Am Freitag, den **28.04.2017**, Herr Julien Andre von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr im Stadtteilzentrum Lichtenberg-Nord/ Fennpfuhl, Paul- Zobel-Straße 8 E, 10367 Berlin.

KONTAKT

Wir sind für Sie da:
Tel. (030) 90296-3160

www.spd-fraktion-lichtenberg.de

info@spd-fraktion-lichtenberg.de

www.facebook.com/spd.lichtenberg

twitter.com/SPDBVVLbg